

Mehr direkte Demokratie!

In Reaktion auf die Ankündigungen des Landesverbandes von „Mehr Demokratie e.V.“ betonte Martina Renner, stellv. Fraktionsvorsitzende, dass die LINKE den Forderungskatalog zum weiteren Ausbau der direkten Demokratie in Kommunen unterstützt.

„Auch angesichts stagnierender und sinkender Wahlbeteiligungen bei Kommunalwahlen ist es wichtig, das Engagement der Menschen vor Ort für die kommunale Demokratie zu aktivieren und sie in Sachentscheidungen einzubeziehen.“ Die von Mehr Demokratie vorgeschlagenen Reformen sollten auf jeden Fall noch in dieser Wahlperiode vom Landtag umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang warnte die LINKE Politikerin vor einer „Blockade durch Selbstblockade der Regierungskoalition“.

Die Einführung des Ratsbegehrens, mit dem Gemeinderäte und Kreistage die Möglichkeit bekommen sollen, Beschlüsse den Bürgern zur Überprüfung vorzulegen, die Einführung der Beratungsmöglichkeit für Initiativen, die Festschreibung von Anwesenheitsrecht und Rederecht für die Initiatoren – dies alles seien Vorschläge, die sich entweder an der schon bestehenden Rechtslage in Thüringen für Volksbegehren auf Landesebene oder an bewährten Instrumenten direkter Demokratie in anderen Bundesländern wie Bayern orientieren.

Dinge, mit denen schon anderweitig sehr positive Erfahrungen gemacht wurden, sollten auch bei der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene Anwendung finden. Mit der geforderten Ausweitung von Bürgerbegehren auf Fragen kommunaler Unternehmensbeteiligung könnten die Menschen in den Kommunen in Zukunft auch selbst aktiv zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zum Zurückdrängen von Privatisierungen beitragen.

„Die LINKE unterstützt auch den Vorschlag von Mehr Demokratie, dass es von öffentlicher Seite in kontinuierlichen Abständen einen Bürgerbeteiligungsbericht für Thüringen

geben sollte. Es müsste sichergestellt werden, dass er von möglichst unabhängiger Seite erarbeitet wird“, sagte Martina Renner und kündigte an, „dass die Linksfraktion sehr zeitnah die detaillierte Diskussion um die konkrete Umsetzung der Mehr Demokratie-Vorschläge führen wird, um möglichst bald im Parlament konkrete Schritte machen zu können“. Diese Diskussion wird mit Mehr Demokratie zusammen intensiv geführt werden.

Ausführliche Informationen unter <http://thueringen.mehr-demokratie.de/>

Einladung zur nächsten Mehr-Demokratie-Fachtagung

Unter dem Titel „Tunnel, Windrad, Deponie? – Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren“ findet am Dienstag, den 3. Juli, 13 bis 19 Uhr, Raum F 101 im Thüringer Landtag, ein Fachtagung statt, die von den Landtagsfraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ organisiert wird. Mit Blick auf aktuelle Diskussionen über mehr Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren und Großprojekten (z.B. „Stuttgart 21“) sollen Problempunkte, Lösungsmöglichkeiten und alternative Beteiligungsformen diskutiert werden.

Es geht aber auch darum, „über den Tellerrand zu schauen“ und Diskussionen und Erfahrungen in anderen Ländern, wie der Schweiz und Schweden, zu betrachten. Konkrete Großprojekte und Planungsvorhaben aus Thüringen sollen in Sachen Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren unter die Lupe genommen werden.

Eine Einladung mit ausführlichem Programm zur Veranstaltung wird jetzt auf der Internetseite der Linksfraktion veröffentlicht:

www.die-linke-thl.de

Bodo Ramelow: „Diskreditierung statt tatsächliche Aufklärung“

Als „wenig überraschend“ bezeichnete der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, die mehrheitliche Entscheidung im sogenannten Stasi-Überprüfungsgremium, den Landtagsabgeordneten Frank Kuschel nach 2006 ein zweites Mal für „parlamentsunwürdig“ zu bezeichnen.

„Überraschend allerdings ist es, wenn das Gremium nunmehr mitteilt, auch alle entlastenden Umstände angemessen gewürdigt zu haben. Meine Erfahrungen und meine Kenntnis der Protokolle sprechen eine andere Sprache“, so Bodo Ramelow, der darauf verwies, dass seit der letzten Überprüfung und dem damaligen Urteilsspruch keinerlei neue Erkenntnisse zu einer engeren oder tieferen Zusammenarbeit mit dem MfS bekannt wurden, sehr wohl aber sechs Jahre parlamentarischen Wirken des Abgeordneten liegen, in der er sich mit sehr viel Engagement für die Fortentwicklung des Kommunalrechtes eingesetzt hat und schließlich über die Liste der Partei DIE LINKE auch ein zweites Mal in den Thüringer Landtag gewählt wurde.

„Wie anders kann denn demokratische Bewährung, wie sie das Verfassungsgericht als entlastende Kriterien zur Berücksichtigung vorschreibt, aussehen, wenn nicht durch aktives Mitwirken an demokratischen

Entscheidungen?“, fragt Bodo Ramelow. Die Fraktion DIE LINKE zeigt sich aus mehreren Gründen unberührt und mit Frank Kuschel solidarisch. Die Zusammenarbeit mit dem MfS hat Frank Kuschel mehrfach, auch gegenüber dem Thüringer Landtag, als „schwer wiegenden Fehler“ bezeichnet. Er hat diese Zusammenarbeit nicht verschwiegen, sondern seit 1990 offen gelegt und die ihm zur Verfügung stehenden Akten allen Interessierten zugänglich gemacht. Er hat sich in zahlreichen Diskussionen dieser Verantwortung gestellt. Die Verkürzung nur auf das Etikett des Stasi-Spitzels ist letztlich ebenso unbegründet, wie die Kennzeichnung eines Abgeordneten als „parlamentsunwürdig“ politisch motiviert ist, so Bodo Ramelow.

Der Fraktionsvorsitzende verwies auch auf den sehr instrumentellen Umgang von Mitgliedern des Überprüfungsgremiums, die einerseits Frank Kuschel die Würde entziehen, einem Parlament anzugehören, andererseits gemeinsam Anträge unterschreiben oder ihn zum Berichterstatter eines parlamentarischen Gremiums gegenüber dem Parlament ernennen. „Deutlicher kann die politische Instrumentalisierung nun wirklich nicht zu Tage treten. Wer es für die politische Auseinandersetzung braucht, ein derartiges Etikett Frank

Kuschel auf Lebzeit anheften zu wollen, soll es tun. Damit wird aber auch eine tatsächliche Aufarbeitung struktureller wie persönlicher Verantwortung für ein Staatssystem, das Unrecht begangen hat, dessen Entstehen und dessen Funktionieren verunmöglicht. Aber im Fall Kuschel stand ohnehin die Diskreditierung im Fokus, statt tatsächliche Aufklärung, was schließlich auch der Grund dafür war, dass sich die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE an diesem Verfahren über die Anhörung hinaus nicht mehr beteiligt haben“, sagte Bodo Ramelow abschließend.



Noch kriegsfähiger

Mehr als 15.000 Demonstranten sind in Chicago am 20. Mai gegen die Kriegspolitik des westlichen Militärbündnisses auf die Straße gegangen, die Organisatoren sprechen von der größten Anti-NATO-Demonstration in der Geschichte der USA. Es kam zu Aktionen, die gerade in der hoch militarisierten Gesellschaft der USA eine nicht zu unterschätzende Symbolkraft entfalten: vor dem hermetisch abgeschirmten Tagungsort warfen in Uniformen gekleidete US-Veteranen ihre Orden und Medaillen demonstrativ auf die Straße.

Während sich viele Medienberichte vor allem dem NATO-„Raketenschild“, der einsatzbereit sein soll, sowie dem Abzug aus Afghanistan widmeten, haben auch andere wirkungsmächtige Themen eine Rolle gespielt.

Die NATO will nämlich noch kriegsfähiger werden. In der Umsetzung bedeutet das einen weiteren Demokratieabbau. Die so genannten nationalen Einsatzvorbehalte sind jetzt ins Visier der Strategen geraten. Diese Einsatzvorbehalte stellen derzeit noch Möglichkeiten einzelner Mitgliedsstaaten dar, bei Auslandseinsätzen den Zugriff auf gemeinsam angeschaffte und genutzte Waffensysteme oder gemeinsame Einheiten des Bündnisses zu blockieren.

Auch die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP spielt offenbar munter auf der Klaviatur, alles das zu schleifen, was neuen Kriegen hinderlich sein könnte. Der besonders Nato-treuen Merkel-Regierung soll der Bundestagsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ein Dorn im Auge sein. Das deutsche Parlamentsbeteiligungsgesetz scheint Schwarz-Gelb zu weit zu gehen. Bei der SPD rennt man damit anscheinend offene Türen ein: deren Vorsitzender Gabriel forderte jüngst, dass künftig nicht mehr der Deutsche Bundestag über Auslandseinsätze der Bundeswehr entscheiden soll, sondern das Europäische Parlament.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.